

+++ zur sofortigen Veröffentlichung freigegeben +++ zur sofortigen Veröffentlichung freigegeben +++

PRESSEMITTEILUNG DES AK-VORRAT HANNOVER VOM 3.6.2009

Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung klagt die erneute heimliche Ausweitung polizeilicher Videoüberwachung in der Innenstadt von Hannover an

Erneut hat die Polizei in Niedersachsen eine weitere polizeiliche Videoüberwachungskamera in Hannover installiert, ohne die Öffentlichkeit darüber zu informieren.

In einem offenen Brief an den Innenminister Uwe Schünemann [1] verlangt der Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung (Ortsgruppe Hannover) nun Auskunft über diese neue Anlage, die am Opernplatz in der Nähe des Jüdischen Mahnmals angebracht worden ist.

"Es ist total unverständlich, warum diese Kamera wieder einmal heimlich und ohne vorherige Aufklärung oder Information der Bürger installiert worden ist." kritisiert Michael Ebeling vom Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung in Hannover. Und weiter: „Das steht eindeutig und vollständig im Gegensatz zur immer wieder erneuerten Argumentation des Innenministeriums: Dass nämlich nur mit einer 'intensiven Öffentlichkeitsarbeit' das Ziel der Prävention, also der Verhinderung von Straftaten erreicht werden könne."

So gaben in einer stichprobenartigen Umfrage am Kröpcke vom 27. April 2009 nahezu 90% der Befragten an, nicht darüber informiert zu sein, dass auch dieser Platz von einer polizeilichen Videokamera „überwacht“ wird. [2], [3].

Weil sich Herr Schünemann strikt gegen eine deutliche Beschilderung der überwachten Plätze wehrt, schlägt der "AK Vorrat" nun eine gezielte Aufklärungskampagne und eine zentrale und leicht zugängliche Informationsstelle zur Information der Bürger Niedersachsens vor.

Die Verweigerung der Beschilderung videoüberwachter Plätze - wie in vielen anderen Bundesländern üblich - verstößt nach Meinung der Datenschützer gegen geltendes Recht. Nach ihrer Auffassung handelt es sich bei dieser und vielen anderen Polizei-Kameras in Niedersachsen nicht um eine "offene" Überwachungsmaßnahme, denn die Positionen der Kameras seien oft derart hoch gelegen sind, dass sie nicht oder erst nach akribischer und gezielter Suche zu entdecken sind. Außerdem handelt es sich vielfach um so genannte "Dom-Kameras", die als Kameras für den Laien als solche nicht zu erkennen sind. Menschen mit Sehbehinderung dürften zudem grundsätzlich keine Chance zum rechtzeitigen Entdecken der Kamera haben, bevor sie sich in deren Erfassungsbereich befinden.

Zur Demonstration dieser Tatsache hat der Arbeitskreis ein hochauflösendes "Suchbild" [4] ins Internet gestellt, an dem selbst überprüft werden kann, ob man in der Lage ist, die neue Kamera am Opernplatz zu entdecken.

„Soziale Probleme lassen sich nicht durch technische Maßnahmen lösen“, meint Datenschützer Mikolas Bingemer. „Videoüberwachungsanlagen sorgen für keine nachhaltige Prävention und simulieren lediglich eine trügerische Polizeipräsenz, die de facto nicht gegeben ist. Für die Sicherheit der Bürger bringt Videoüberwachung keine Verbesserung.“ Vielmehr bewirken solche Anlagen schleichende, aber tief greifende gesellschaftliche Veränderungen, die der Entwicklung der demokratischen Gesellschaft als Ordnung freier, kreativer und nicht zwangsweise angepasster Bürger zuwider wirken..

Die vom Innenministerium immer wieder lobend erwähnte „Studie“ zur Videoüberwachung in Brandenburg stellt sich bei genauerem Hinsehen als fragmentarisches und hinsichtlich seiner Aussagen in Teilen nicht belastbares Werk dar und geht darüber hinaus von anderen Grundlagen aus, als in Niedersachsen gegeben sind.

Bereits am 25.5.2009 gab es von der Piratenpartei und dem Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung Proteste gegen die Inbetriebnahme der ersten Videoüberwachungsanlagen in Hildesheim [5]. Auch dort wurde über die Installation von drei neuen Polizei-Überwachungsanlagen öffentlich zunächst nicht informiert. Erst nach wochenlangem Bedrängen der zuständigen Polizeistellen aus den Reihen der Aktivisten gab es zur angeblichen "Inbetriebnahme des Wirkbetriebs" eine (nicht öffentliche) Pressekonferenz.

Ein Mitglied des Arbeitskreises wartet darüber hinaus noch immer auf die Beantwortung der Frage, warum diese Demonstration von der Polizei gefilmt worden ist, obwohl der Protest eindeutig friedlich und ordnungsgemäß vonstatten ging. Weitere Fragen zur Videoüberwachung in Hildesheim blieben zum größten Teil bis heute ebenfalls unbeantwortet. Die einer Posse anmutenden Vorgänge hat der Arbeitskreis in einer Chronologie [6] zusammengefasst.

[1] http://wiki.vorratsdatenspeicherung.de/images/20090603_Offener_Brief_Schuenemann.pdf

[2] http://wiki.vorratsdatenspeicherung.de/images/Umfrage_video%C3%BCberwachung.pdf

[3] http://wiki.vorratsdatenspeicherung.de/images/Auswertung_umfrage_video%C3%BCberwachung.pdf

[4] <http://wiki.vorratsdatenspeicherung.de/Ortsgruppen/Hannover/Suchbild>

[5] <http://www.piratenpartei-niedersachsen.de/download/view-document-details/35-haz-artikel-vom-26.05.2009.html>

[6] http://wiki.vorratsdatenspeicherung.de/images/Posse_videoeberwachung.pdf

Pressekontakt:

Michael Ebeling
Kochstraße 6
30451 Hannover

Telefon: (01577) 3919170

E-Mail: micha_ebeling@gmx.de

Abdruck und Veröffentlichung honorarfrei unter Angabe (Quelle: Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung, Ortsgruppe Hannover) Belegexemplar an Postanschrift, Veröffentlichungshinweise per E-Mail erbeten.

Der Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung (AK Vorrat) ist ein deutschlandweiter Zusammenschluss von verschiedenen Bürgerrechts- und Datenschutzorganisationen sowie unabhängigen Bürgern. Der Ursprung des Arbeitskreises ist die gemeinsame Verfassungsbeschwerde gegen das Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung, an der sich über 34.000 Bürger beteiligten:

<http://www.vorratsdatenspeicherung.de>

In regionalen „Ortsgruppen“ engagieren sich die einzelnen Mitglieder darüber hinaus in weiteren Aktivitäten rund um das Thema Datenschutz und Bürgerrechte – meistens mit dann regionalem Bezug. Nähere Informationen über die Ortsgruppe Hannover im AK-Vorrat finden Sie unter:

<http://wiki.vorratsdatenspeicherung.de/Ortsgruppen/Hannover>